



Sachverständige  
(siehe Verteiler)

Auskunft erteilt: Christopher Czernitzki  
Telefon: (0211) 884-2932  
Fax: (0211) 884-3002  
E-Mail: AWIKE  
@landtag.nrw.de  
Geschäftszeichen: I.A.2 / A18  
Düsseldorf, 4. Oktober 2023

## **Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen (Bürgerenergiegesetz NRW – BürgEnG)**

**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/5849**

**Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 31. Oktober 2023**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der oben genannte Gesetzentwurf, Drucksache 18/5849, wurde vom Plenum zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales, an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung und an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Ein Exemplar des Gesetzentwurfs ist diesem Schreiben beigelegt.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie hat beschlossen, zu diesem Beratungsgegenstand eine Anhörung durchzuführen. Auf Vorschlag der Fraktionen und im Namen des Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, Herrn Abgeordneten Dr. Robin Korte, lade ich Sie zu dieser öffentlichen Veranstaltung ein.

Die Anhörung wird am

**31. Oktober 2023  
- 15.30 bis (max.) 18.00 Uhr -  
Raum E3 D01  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf**

stattfinden. Zur Vorbereitung der Veranstaltung bitte ich, die beigelegte Teilnahmeerklärung dem Sekretariat des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie **bis zum 17. Oktober 2023** zuzuleiten.

Ferner werden Sie gebeten, möglichst **bis zum 24. Oktober 2023** schriftlich Stellung zu nehmen.

Die Stellungnahme senden Sie bitte unmittelbar an die Ausschussassistenten per E-Mail an die Adresse **anhoerung@landtag.nrw.de** unter dem Stichwort „A18 - AWIKE - Bürgerenergiegesetz“. Die Übermittlung der Stellungnahmen im PDF-Format erleichtert die weitere Verarbeitung im Landtag. Anstelle des E-Mailversands stehen Ihnen selbstverständlich auch die Übermittlung per Fax an die Rufnummer 0211/884-3002 oder der Postweg zur Verfügung. Bitte wählen Sie nur eine Art der Übermittlung.

Alle eingegangenen Stellungnahmen sowie eine Übersicht der teilnehmenden Sachverständigen werden während der Anhörung im Sitzungsraum zur allgemeinen Verfügung ausliegen. Die eingereichten Unterlagen können zeitnah zur Anhörung dem Online-Angebot des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie entnommen werden ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) - Der Landtag - Ausschüsse & Gremien - Fachausschüsse - Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie - Anhörungen) und bleiben dauerhaft als Parlamentspapier im Internet abrufbar.

Ein Eingangsstatement der Sachverständigen zu Beginn der Anhörung ist nicht vorgesehen. Die Abgeordneten werden in mehreren Runden (Runde = 1 Frage je Fraktion) Fragen an die Sachverständigen richten.

Sollten Sie an der Veranstaltung nicht persönlich teilnehmen wollen oder können, haben Sie die Möglichkeit, an der Veranstaltung virtuell (per Telefon- oder Videozuschaltung) teilzunehmen. In diesem Fall ergänzen Sie bitte die Teilnahmeerklärung um einen entsprechenden Hinweis, damit wir Ihnen die Einwahldaten rechtzeitig zukommen lassen können.

Die Anhörung wird als Livestream ins Internet übertragen und aufgezeichnet werden. Die Aufzeichnung wird im Anschluss an die Sitzung im Internet abrufbar sein.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass eine Vergütung für Ihre Mitwirkung leider nicht gewährt werden kann. Informationen zu einer Reisekostenerstattung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Merkblatt. Die Anreisemöglichkeiten zum Landtag ergeben sich aus der beiliegenden Anfahrtsskizze. Zur Vereinfachung des Einlasses in das Landtagsgebäude am Tag der Anhörung bitte ich Sie, dieses Einladungsschreiben an der Hauptpforte vorzulegen.

Für Rückfragen und Anregungen steht Ihnen das Ausschussesekretariat, Herr Christopher Czernitzki, Tel.: 0211/ 884-2932; E-Mail: AWIKE@landtag.nrw.de, gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'André Kuper', with a stylized flourish extending to the right.

André Kuper

**Anlagen**

Verteiler

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 18/5849

Teilnahmeerklärung

Merkblatt für die Erstattung von Reisekosten

Anfahrtsskizze

## **Anhörung von Sachverständigen**

des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie,

### **Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen (Bürgerenergiegesetz NRW – BürgEnG)**

**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/5849**

am Dienstag, dem 31. Oktober 2023  
15.00 bis 18.30 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

## **Verteiler**

---

Städtetag Nordrhein-Westfalen  
Köln

Städte- und Gemeindebund NRW  
Düsseldorf

Landkreistag Nordrhein-Westfalen  
Düsseldorf

Arbeitsgemeinschaft der  
kommunalen Spitzenverbände  
Köln

Verband kommunaler  
Unternehmen e.V.  
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen  
Dr. Andreas Hollstein  
Düsseldorf

B-TU Brandenburgische Technische  
Universität Cottbus – Senftenberg  
Prof. Dr. Ludger Gailing  
Cottbus

BDEW Bundesverband der Energie-  
und Wasserwirtschaft e.V.  
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen  
Holger Gassner  
Düsseldorf

wpd onshore GmbH & Co. KG  
Claudia Saatkamp  
Düsseldorf

Gesellschaft für Bildung und  
demokratische Teilhabe e.V.  
Frank Heitmann  
Greifswald

Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit  
e.V.  
Greven

WestfalenWIND Gruppe  
Dr. Jan Lackmann  
Geschäftsführer und Gesellschafter  
Paderborn

Bürgermeister der Stadt Bedburg  
Sascha Solbach  
Bedburg

Genossenschaftsverband – Verband  
der Regionen e.V.  
Herr Felix Reich / Frau Hannah  
Silberberg  
Düsseldorf

Landesverband Erneuerbare Energien  
NRW e.V.  
Christian Mildenerger  
Geschäftsführer  
Düsseldorf

\*\*\*

Schriftliche Antwort zur folgenden Drucksache

**Drucksache 18/5849**

**Landtag Nordrhein-Westfalen**

**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN**

Von der „Gesellschaft für Bildung und demokratische Teilhabe e.V. i. G.  
Postfach 1310  
17466 Greifswald

**Frank Heitmann**

Tel.: 0178-1406943

Mail: [info@gbt-ev.de](mailto:info@gbt-ev.de)

Internetadresse: [www.gbt-ev.de](http://www.gbt-ev.de)

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 18. WAHLPERIODE <b>NEUDRUCK STELLUNGNAHME 18/966</b> Alle Abgeordneten
--

**Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen  
(Bürgerenergiegesetz NRW - BürgEnG) vom 12.09.2023**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Gesetzentwurf sieht im Punkt A, gleich im ersten Satz seines Entwurfes, folgendes Problem, Zitat:

*„Der ambitionierte Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine zentrale Säule der nordrhein-westfälischen Energie- und Klimapolitik und bildet die Grundlage für eine sichere, unabhängige und bezahlbare Energieversorgung für das Industrieland Nordrhein-Westfalen.“*

Hier fällt auf, dass es drei Adjektive gibt, die gleichzeitig ein Versprechen suggerieren, sollte dem Gesetz zugestimmt werden, würde das Industrieland NRW eine sichere, unabhängige und bezahlbare Energieversorgung erhalten.

Dieser Anfangssatz ist aus dem Energiewirtschaftsgesetz entnommen worden. Zitat:

*„§ 1 Abs. 1 EnWG / Die Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und H2 soll möglichst sicher, preisgünstig, verbraucherfreundlich, effizient und umweltverträglich sein.“*

Dabei fällt auf, dass selbst der § 1 Abs. 1 EnWG eine Einschränkung über das Adjektiv „möglichst“ vornimmt.

1. Bei der weiteren Betrachtung des Gesetzentwurfes vom Antragsteller werden wir den Kostenfaktor, also die „*bezahlbare*“ Energieversorgung, näher betrachten.
  - Gleich in Punkt D Kosten, teil uns der Entwurf mit, dass eine neue Einrichtung zur Verwaltung der Antragseingänge geschaffen wird, die mit jährlichen Personalkosten von 186.000 € für zwei volle Stellen im gehobenen Dienst

besoldet werden und den jährlichen Betrieb der Onlineplattform von 30.000 € zu Buche schlägt.

Woher das Geld kommt, ergibt sich aus dem Punkt **D** nicht. Hier sollte das Verursacherprinzip greifen, dass derjenige bezahlt, der die Kosten verursacht, also der Vorhabenträger.

- Der Gesetzentwurf vermittelt in keinem Punkt bzw. Paragrafen, wie eine bezahlbare Energieversorgung durch diesen Antrag zustande kommen soll. Bis jetzt sind in NRW, wie im ganzen übrigen Bundesgebiet, die Stromkosten ständig gestiegen, trotz (!) massivem Ausbau von Erneuerbaren Energieanlagen.
- Die Pressemitteilung Nr. 388 vom 29.9.23 DESTATIS gibt folgendes an: *„Die privaten Haushalte in Deutschland haben im 1. Halbjahr 2023 im Durchschnitt für Strom 42,29 Cent je Kilowattstunde gezahlt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, stiegen der Strompreise um 21,0 %. Gegenüber dem 1. Halbjahr 2022 lagen die Strompreise um 26,2 % höher. In den Preisen sind die Preisbremsen für Strom aus dem dritten Entlastungspaket der Bundesregierung berücksichtigt.“*
- Gleichzeitig wird in Punkt **I** daraufhin abgezielt, dass durch eine Beteiligung der Bürger und Gemeinden am Windkraftausbau die Akzeptanz und Nachhaltigkeit für Erneuerbaren Energien steigt. Das lässt den Schluss zu, dass die Akzeptanz so gering ist, dass nur mittels Anlockung von Geldgewinn die Bürger und Gemeinden von der Notwendigkeit überzeugt werden können.
- Darüber wird hier im Gesetz nur ein bestimmter Käuferkreis angesprochen. Das ist der Teil der Bevölkerung und Gemeinden, die die nötige Finanzkraft besitzen.  
Ein Bürger, der kein frei verfügbares Geld hat, wird quasi ausgeschlossen. Auch Gemeinden stehen vor unlösbaren finanziellen Problemen und diese Tendenz hat schon zu zahlreichen Haushaltssicherungskonzepten geführt.

Sollen hier wirklich nur finanziell starke Bürger und Gemeinden überzeugt werden?

- Letztendlich werden die Bürger und Gemeinden weiterhin an den Ausbaurkosten der Stromnetze, Backupsysteme, Redispatchmaßnahmen sowie dem Lastmanagement beteiligt werden, da die WE-Anlagenbetreiber keinerlei Netzverpflichtungen übernehmen werden.
- Erst wenn die Vorhabenträger (WEA) an den Netzstabilitätskosten beteiligt werden und gleichzeitig die Stromsteuer gesenkt wird könnte von einer bezahlbaren Energieversorgung gesprochen werden.

2. Im Weiteren soll die vom Antragsteller in Aussicht gestellte „*unabhängige*“ Energieversorgung analysiert werden.
- NRW befindet sich im Übertragungsnetzbetreiber der Amprion. Geht man im Internet auf die Seite des Übertragungsnetzbetreiber und schaut sich Windenergieeinspeisungen der letzten 10 Tage vom 2.10.-12.10.2023 an, dann erkennt man in den Tagesverläufen von nahezu 0 MW bis 7000 MW Windenergieeinspeisung. Diese Tagesverläufe vermitteln keinen unabhängigen Lastfluss im Industrieland NRW.
  - Deutschland und auch NRW sind seit April 2023 absolute Stromimporteure wie die Tagesschau am 6.9.2023 berichtete. Zitat. „*Nach Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke hat die deutsche Volkswirtschaft zuletzt deutlich weniger Strom produziert und daher mehr importiert. Die meisten Einfuhren kamen dabei aus den Niederlanden und Frankreich, das seine Produktion von Atomstrom wieder deutlich hochgefahren hat*“
  - In Baden-Württemberg ist man da schon einen Schritt weiter. Der SWR titelte am 9.12.22, Zitat: **Württemberg sollen Verbrauch reduzieren.** „*Die App "StromGedacht" von TransnetBW ist erstmals auf Rot gesprungen, damit Haushalte Strom sparen. Das Unternehmen erklärt, was der Grund dafür war. Ein Hinweis in der App "StromGedacht" des Netzbetreibers TransnetBW mit Sitz in Stuttgart hat am Mittwoch für Aufsehen gesorgt. Darin wurde Nutzerinnen und Nutzern empfohlen, ihren Verbrauch zu reduzieren.*“
  - Somit stellt sich eher die Frage: Wozu soll dieses Gesetz dienen? – wenn das Ziel, eine sichere, preisgünstige, unabhängige Energieversorgung in NRW nicht erreicht werden kann?
3. Im Weiteren soll die vom Antragsteller in Aussicht gestellte „*sichere*“ Energieversorgung definiert werden.
- Hierrüber kann uns das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) einen Hinweis geben. Das BSI stellt in seiner „Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (BSI-Kritisverordnung – BSI-KritisV)“ folgende Bewertung zur kritischen Infrastruktur auf und teilt in seiner Unterlage mit, das Anlagen ab einer installierten Nettoleistung von 420 MW pro Person, zur sicheren kritischen Infrastruktur gehören und 8760 h/Jahr absichern müssen, um die Versorgung von 500.000 Bevölkerungsteilen zu versorgen.
  - Im Weiteren steht im „*Bericht der deutschen Übertragungsnetzbetreiber zur Leistungsbilanz 2018-2022*“ unter dem Punkt **3.2.6. Nicht einsetzbare Leistung zum betrachteten Zeitpunkt**, finden sich die folgenden Aussagen. „*Speziell bei dargebotsabhängiger Einspeisung aus erneuerbaren Energien ist es schwierig, eine Aussage über die wetterbedingt nicht zur Verfügung stehende Leistung zu treffen. Eine allgemeine Vorgehensweise, die sich bei Windenergie, Photovoltaik, Laufwasser und Biomasse/Biogas anwenden lässt, beruht auf einer Auswertung historischer Einspeisungen, die auf die installierte Leistung bezogen werden.*“



## Windenergie – Onshore und Offshore

Die Einspeisung aus Windkraftanlagen ist sehr volatil und nur schwer prognostizierbar. Eine Auswertung der Onshore-Einspeisung in den vier Regelzonen für 2018 und die einhüllenden Dauerlinien aus den Jahren 2010-2016 sind in **Abbildung 4** dargestellt.

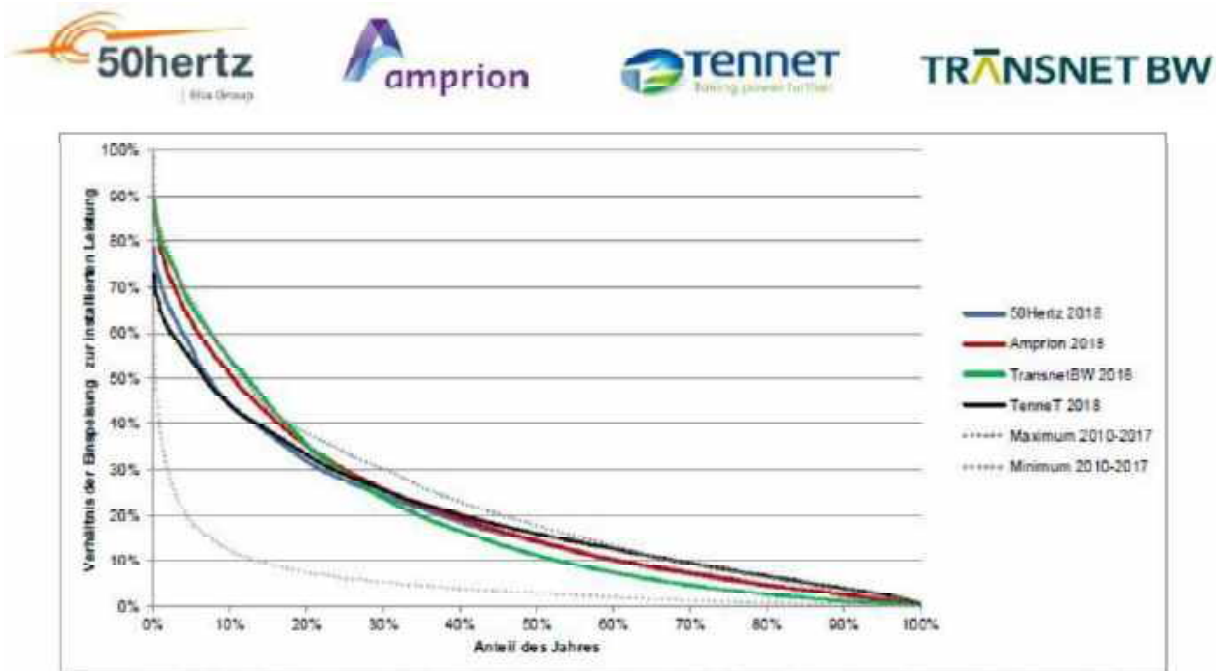


Abbildung 4: Geordnete relative Einspeisung aus Onshore-Windkraftanlagen in den Jahren 2010-2018

„Es zeigt sich, dass die eingespeiste Leistung für 1 % der Zeit unter 1 % der installierten Leistung liegt. In historischen Betrachtungen hat sich gezeigt, dass sich auch bei einer Beschränkung der Betrachtung auf die Wintermonate keine signifikanten Änderungen dieses Ergebnisses ergeben.“

Daher setzen die ÜNB für die Windeinspeisung eine **Nichtverfügbarkeit von 99 %** an.

Dass das Auftreten einer (kalten) Dunkelflaute nicht unwahrscheinlich und für die Leistungsbilanz relevant ist, zeigen verschiedene Untersuchungen.“

- **Somit ergibt sich die Frage, welchen Effekt bzw. Absicht diese Gesetzesvorlage erreichen will, solange nicht ein selbst aufgestelltes Problem behoben wird.**

Greifswald, den 14.10.2023

Frank Heitmann